

Ein neuer Zahlungsplan.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

an. Während in Paris die unglücklichsten Zahlenspiele umhergeschwirren, und Poincaré selbst die traditionelle Weisheitsparole nicht vorübergehen lassen konnte, ohne Parter Silber zu ungunsten Deutschlands in die Parabel zu fahren, während man sich bei uns noch darüber unterließ, ob man sich auf eine Endsumme von 120 Milliarden Mark für die Reparationsleistungen einlassen könne, scheint jenseits des Ozeans die Vermutung auf dem Marsch zu sein. Ein Rechtsanwalt Revision hat einen Plan ausgearbeitet, der ohne weiteres Maßstab erscheint, und dessen Verwirklichung dazu führen könnte, daß Europa endlich aus seinen Schulden herauskäme und das finanzpolitische Chaos wirtschaftlichen Verhältnissen weichen müßte. Es handelt sich dabei um folgendes:

Es ist ja ohne weiteres klar, daß die deutschen Reparationszahlungen nur im Zusammenhang mit den internationalen Schulden an die Vereinigten Staaten geregelt werden können, da sie sonst Amerika, an das wir, von anderen Anleihen abgesehen, direkt nichts zu bezahlen haben, garnicht interessieren. Also geht der Vorschlag dahin, daß Amerika unter Mitwirkung eines internationalen Bankfortiums den europäischen Staaten eine Anleihe von 6 Milliarden Dollars gewährt. Davon hätten die Alliierten, also vor allem England, Frankreich und Italien, 4 1/2 Milliarden das zurückzahlen, womit ihre Kriegsschulden abgegolten sein könnten. Sie sind zwar in Wahrheit beträchtlich höher angelegt worden, dafür ist aber ein Rückzahlungstermin vereinbart worden, der sich bei England beispielsweise auf einen Zeitraum von 60 Jahren erstreckt. Es ist selbstverständlich, daß die Summe gemäßigt wird, wenn der Zahlungstermin an Ausdehnung verliert.

Diese 4 1/2 Milliarden Dollar hätten wir natürlich zu bezahlen. Der amerikanische Vorschlag geht also einfach dahin, daß die Vereinigten Staaten ihren früheren Verbindungen folgen: Ihr braucht euch um eure Schulden nicht mehr zu kümmern, die bezahlt Deutschland und, was sie mehr betragen, schenken wir euch, dafür aber erlaßt ihr auch Deutschland, was es noch an euch zu zahlen hat. Die Endsumme des Darlehens würde also für uns 4 1/2 Milliarden Dollar betragen, wozu noch 200 Millionen Dollar hinzukämen, die wir zur Ablösung der von uns ausgenommenen Darlehensschulden bekommen sollen, so daß unsere Gesamtsumme dann noch 4 1/2 Milliarden Dollar betragen würde. Die restlichen 1 1/2 Milliarden, die die Vereinigten Staaten von der 6 Milliarden-Anleihe zur Verfügung haben, sollen zur Stabilisierung der europäischen Währungen verwendet werden, also gemittelt eine Garantie für die Möglichkeit des Transfers bieten, was für uns besonders wichtig ist, und dann auch den französischen Frank endgültig stabilisieren, was für Frankreich einen starken Kurzauftrieb wird, auf diesen Vorschlag einzugehen.

Unsere jährlichen Zahlungen würden nach diesem Plan 420 Millionen Dollar oder 1,784 Milliarden Mark ergeben. Der Zinsfuß für die Anleihe soll 5 1/2 Prozent und der Tilgungszins 1 1/2 Prozent betragen. Wir hätten also nicht nur in jedem Jahre weniger zu bezahlen als das "Normaljahre" und außerdem, sondern könnten auch in ungefähr 16 Jahren die ganze Schuld getilgt haben.

Fast könnte man meinen, es könnte zu schön, um wahr zu sein. Aber die wichtigsten amerikanischen Bankhäuser stehen hinter diesem Vorschlag, ebenso zahlreiche Finanzpolitiker und namhafte Industrielle der Vereinigten Staaten. Ohne Zweifel zu sein, kann man also hoffen, daß dieser Vorschlag sich durchsetzt, die letzten Endes immer die Vernunft hat und nur durch diese oder eine ähnliche Vereinbarung die finanzpolitischen Verhältnisse Europas und damit auch der anderen Kontinente gelindert könnten.

Anträge zur Förderung des Einheitsstaats.

Berlin. Die demokratische Reichstagsfraktion hat drei Anträge zur Förderung des Einheitsstaats eingebracht. Im dem ersten Antrage wird das möglichst baldige Verwirklichen der vielen in Deutschland vorhandenen Einheitsgebiete (Ortschaften) gefordert. Der zweite Antrag erachtet um Einleituna von Verhandlungen der Reichsregierung mit dem preussischen Staatsministerium über das Aufgehen des preussischen Oberverwaltungsgerichts in ein Reichsverwaltungsgericht und ferner um Eröffnung von Verhandlungen mit den Regierungen der anderen deutschen Länder mit dem Ziele, deren Zustimmung zum Uebergang der Geschäfte der höchsten Verwaltungsgerichte der Länder auf das Reichsverwaltungsgericht herbeizuführen. Der dritte Antrag verlangt, daß dem Reichstage alsbald die Vorlage einer Reichsgerichtsordnung und einer Reichslandgemeinbeordnung unterbreitet wird.

Ein neuer litauischer Wirttrakt.

In diesen Tagen hat der von der litauischen Regierung im Memelgebiet eingesetzte Gouverneur eine Verordnung erlassen, die an und für sich sachlich von untergeordneter Bedeutung ist, in der Tat aber grundsätzliche Fragen, nämlich die Rechte der Volksvertretung sehr scharf berührt. In dieser Verordnung des Gouverneurs heißt es, daß er "hiermit die ordentliche Tagung des Landtages des Memelgebietes für das Jahr 1927 schlichte und den Zusammentritt zur ordentlichen Tagung im Geschäftsjahr 1928 auf den 23. Januar 1928, nachmittags 5 Uhr festsetzt". Diese Verordnung steht in einem krassen Widerspruch zu den Bestimmungen des Memelstatutes. In dem § 12 dieses Statutes wird dem litauischen Gouverneur lediglich das Recht eingeräumt, außerordentliche Sitzungen des Landtages zu schließen oder zu vertagen. Die Beendigung und der Beginn der ordentlichen Sitzungen des Landtages ist in dem Memelstatut dagegen genau festgelegt. Wenn auch die Verordnung des litauischen Gouverneurs an den durch das Memelstatut festgelegten Tatsachen nichts ändert, so hat doch der Landtag selbst alle Ursache dazu, gegen diese Verordnung Front zu machen. Denn es handelt sich hier um eine grundsätzliche Frage, die, wenn sie nicht im Sinne des Memelstatutes, also im Sinne der deutschen Bevölkerung gelöst wird, zu einem Präzedenzfall führt, der später einmal sich recht unheilvoll auf die Rechte des autonomen Memellandes auswirken könnte. Es ist hier zu beachten, daß diese Eigenmächtigkeit des litauischen Gouverneurs sich um die gleiche Streitfrage bewegt, die bereits schon einmal zu einem der beständigen Konflikte zwischen dem memelländischen Landtag und der Regierung in Romno geführt hat. Man hat hieraus zu erleben, daß die litauische Regierung aus den Ereignissen der vergangenen Monate so gut wie nichts gelernt hat und noch wie vor gewillt ist Versprechungen nicht innegulhalten, die sie in feierlicher Form der deutschen Regierung zu wiederholten Malen gab.

Reichsbilanz für April bis November 1927.

abs. Berlin. Nach den Ermittlungen des Reichsfinanzministeriums besitzern sich die Einnahmen des Reichs im ordentlichen Haushalt für die Zeit vom April bis November 1927 auf insgesamt 6081,5 Millionen RM. Darin sind noch Bestände des Jahres 1926 mit 548,0 Millionen enthalten. Das Einnahmefuß für das ganze Jahr 1927, das nach die Einnahmen der letzten vier Monate (Dezember 1927 bis März 1928) erbringen wird, ist mit 6859 Millionen eingestellt. Den größeren Teil der Einnahmen stellen naturgemäß die Ergebnisse der Steuern, Zölle und Abgaben dar, die sich für die Berichtszeit allein auf 3763,6 Millionen belaufen. Der Ueberschuß der Volk und der Reichsbankerei ist mit 70 Millionen eingestellt und die Vorzugsdividende aus dem Vorkursaktion der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit 29,9 Millionen.

Die Ausgaben belaufen sich in der Berichtszeit auf 5744,8 Millionen, sodaß eine Mehreinnahme von 287,2 Millionen über die Ausgaben hinaus vorhanden ist. Auf der Ausgabe Seite stehen die Steuerüberweisungen an die Länder mit 2005,6 Millionen an der Spitze. Es folgen die Kosten für die Verpflegung und Ruhegelder einchl. der Kriegsbekämpfungskosten mit 1081,1 Millionen. Dann folgen die Reparationszahlungen mit 544,1 Millionen und hierauf die Befolgungskosten mit 476,2 Millionen RM.

Im außerordentlichen Haushalt sind 104,9 Millionen einkommen und zwar 101,4 Millionen als Erlöse aus der fünfprozentigen Anleihe von 1927 und 3,5 Millionen an Verwaltungseinnahmen. Die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts besitzern sich dagegen auf 403,8 Millionen, sodaß hier ein Defizit von 298,9 Millionen vorhanden ist. Im außerordentlichen Haushalt stehen auf der Ausgabe Seite die Kosten für die produktive Erwerbslosen-Versicherung mit 74,1 Millionen an der Spitze. Weiter wurden verausgabt für das Verkehrswesen 58,2, für Reparationszahlungen außerordentlicher Art 34,1, für innere Kriegskosten 18,8 und unter der Rubrik „Sonstiges“ 218,8 Millionen RM.

Der Abschluß stellt sich wie folgt dar: im ordentlichen Haushalt ist vorhanden ein Bestand aus dem Rechnungsjahr 1926 von 548,0 Millionen RM. Dazu kommt die Mehreinnahme aus der Berichtszeit mit 287,2 Millionen, sodaß insgesamt 835,2 Millionen dort vorhanden sind. Im außerordentlichen Haushalt ist aus dem Rechnungsjahr 1926 ein Minus von 290 Millionen vorhanden. Rechnet man hierzu die Mehrausgabe für April/November 1927 von 298,9 Millionen, so kommt das Defizit auf 588,9 Millionen. Diese Summe vom Bestande des ordentlichen Haushalts abgezogen ergibt einen Restbestand in den Reichskassen von 246,3 Millionen RM.

Die Neujahrsbotschaft des sächsischen Landvolkes.

Der Vorstand des Sächsischen Landvolkes hat am 2. d. d. Jahreswechsel eine Rundgebung erlassen, in der die Deffentlichkeit noch einmal auf die verwerfliche Lage der sächsischen Landwirtschaft hingewiesen werden soll. Es wird erst ein kurzer Rückblick auf das vergangene Jahr gegeben und dann ausgeführt:

Nicht vorwärts sind wir gekommen; unauffhaltsam ist es bergab gegangen. Was hat es genutzt, daß wir den Fremdenlog äußerster Spararbeit in unsern persönlichen Bedürfnissen bis zur letzten Umdrehung angesetzt haben? Was hat es gebohren, wenn Mann, Frau und Kinder mit allen Kräften in die Speicher der Wirtschaft griffen, um das weitere Umdürstigen aufzuhalten? Langsam, aber unaufhaltsam wirkt die vernichtende Last der Schulden, deren Zinsendienst, zusammen mit öffentlichen Abgaben und Steuern, den Ertrag unserer Wirtschaft auffrischt und die Subsistenz mehr und mehr androht. Immer näher kehren wir den Augenblick rücken, wo wir uns sagen müssen, es geht nicht mehr weiter.

es war vergeblich; wo der überschuldete Volk nicht mehr gehalten werden kann und an Fremde überlassen werden muß.

Wir Bauern stehen auf dem Deiche, in dessen Schuß das deutsche Volk friedlich seiner Arbeit nachgeht, in höchstem Kampf gegen die immer höher steigende Sturmflut. Unter dem vernichtenden Anprall der Fluten mankt der Damm in seinen Grundfesten; schon leckt das Wasser über die Deichkrone. Höchste Gefahr ist im Verzug!

Die Ernährung unseres Volkes ist bedroht, und damit die letzte Schutzwehr gegen Hungertod und Versklavung. Noch immer ist sich das deutsche Volk der ihm drohenden Gefahr nicht in allen seinen Schichten bewußt; noch immer weiß es nicht, was es für Staat, Volk und Wirtschaft bedeutet, wenn die deutsche Wirtschaft zusammenbricht.

Darum ergeht der Ruf an alle Volksgenossen: „Alle Mann an Deck!“ Es gilt das letzte Bollwerk, den Damm der deutschen Nahrungsfreiheit.

zu sichern, daß der Bauer aus eigener Kraft allein nicht mehr halten kann. Wir Bauern wollen dabei, wie bisher, im Vorkampf stehen. Wir wollen mit jeder Verbildlichkeit und mit dem höchsten Bewußtsein der Verantwortung unsere Pflicht tun. Aber wir müssen wissen, daß unser Widerstand erfolgreich sein, daß in diesem Kampf alles, was deutsch denkt und fühlt, an unserer Seite steht. Nur dann bleibt Arbeitswille und Arbeitsfreudigkeit erhalten, die unerlässliche Vorbedingung für Dauernarbeit und Bauernfleisch.

So stehen wir an der Jahreswende, wohl mit schwerer Sorge, aber doch mit

ungebrochenem Willen und ungebeugtem Mut. Wir wollen, wir müssen und wir werden es erreichen, daß die Landwirtschaft, als die wichtige Grundlage von Volk und Wirtschaft, erhalten bleibt und dieser Gedanke Gemeingut unseres Volkes wird. Dazu bedarf es mehr wie je der Einigkeit und der Geschlossenheit unseres Bauernhandes. Deshalb

weg mit der Eigenbesitzerei, fort mit fleißigem Ahtwachen, mit fester Empfindlichkeit und mit Streit untereinander! Alle unsere Kräfte haben wir nach außen einzusetzen und anzuspannen für das eine Ziel, die wirtschaftliche Sicherung unserer Betriebe und damit die Sicherung der Nahrungsfreiheit unseres Volkes.

Die Regierungsbildung in Danzig gescheitert.

Danzig. Die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung sind gestern nachmittags wider Erwarten gescheitert. Der Grund hierfür ist die Haltung der Zentrumsfraktion, die die Verantwortlichmachung sämtlicher Senatoren, nicht nur der parlamentarischen, sondern auch der hauptamtlichen Senatoren entschieden ablehnt. Nach der bisherigen Regelung waren die parlamentarischen Senatoren dem Volkstage gegenüber verantwortlich, und im Falle eines Rücktritts der Regierung schieden nur die parlamentarischen Senatoren aus. Da die Sozialdemokraten und Liberalen darauf bestanden, daß die Verantwortlichkeit auf die hauptamtlichen Senatoren ausgedehnt werde, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Morgen soll versucht werden, eine Regierung aus Sozialdemokraten, Zentrum und allen liberalen Splitterparteien zu bilden. Nach der bisherigen Stellungnahme der bürgerlichen Parteien muß es fraglich erscheinen, ob diese Bemühungen zum Erfolge führen werden.

Die Fahrt der „Emden“ und der „Berlin“.

Berlin. Schulkreuzer „Emden“ ist am 2. Januar von Rio de Janeiro nach Pernambuco, Schulkreuzer „Berlin“ von Genua nach Vort Saib in See gegangen.

Ein Dampfer mit 250 Passagieren untergegangen.

Bukarest. (Tel.) Nach Meldungen aus Konstantinopel geriet der russische Personen-Dampfer Ogoga auf der Reise zwischen Nikolajewsk und Noworossisk in einen heftigen Sturm. Der Dampfer wurde leck und ging innerhalb kurzer Zeit unter. Eine Rettungsaktion war infolge des schnellen Sinkens des Dampfers unmöglich. 250 Passagiere fanden den Tod in den Wellen, darunter eine Gruppe von 50 Schülern.

Ueberschwemmungen in England.

London. Infolge des Tauwetters und des Regens hegen die Flüsse von Stunde zu Stunde. Viele sind schon über die Ufer getreten und haben ihre Umgebung verflutet. Mehrere Vororte von London stehen bereits unter Wasser, besonders die östlichen Vororte am Fläcken Sea. Die Themse fließt in den letzten 24 Stunden um fast 1 m getiegen und steigt durchschnittlich um 2 cm die Stunde. 24 mit Waren beladene Boote haben bei Rington an der Themse ihre Seile zerrissen. Mehrere gingen unter; andere stehen gegen Brückenpfeiler und ricketen schweren Schaden an. Die Ueberschwemmungen haben mehrere Eisenbahnstrecken und Verbindungsstrahlen zwischen wichtigen Verkehrszentren unterbrochen.

Schweres Automobilunglück.

Paris. (Funkpruch.) Wie das „Journal“ aus Barcelona meldet, kürzte ein mit 8 Franzosen besetztes Auto in eine 20 Meter tiefe Schlucht. Von den Insassen wurden 2 sofort getötet, ein dritter erlag kurz darauf seinen Verletzungen, auch die drei Uebrigten erlitten so schwere Verletzungen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Ein Dornier-Superwal nach Genua abgeliefert.

Friedrichshafen. Die Dornier-Metalbauwerke haben gestern einen neuen Superwal an die italienische Luftfahrt-Gesellschaft nach Genua abgeliefert. Das Flugzeug ist mit vier Motoren ausgerüstet und vermag 20 Personen sowie 3000 Liter Betriebsstoff aufzunehmen. Es erreicht 220 Kilometer Höchstgeschwindigkeit in der Stunde. Der neue Superwal, vom Ueberspiloten Wagner gesteuert, durchflog die Strecke Friedrichshafen-Genua in zwei Stunden.

Flarrer Hirzel aus dem Elß entkommen.

Paris. Wie in einer Straßburger Meldung der Agence Havas mitgeteilt wird, hat die Polizei trotz einer Jagd im Auto durch das ganze Elß den evangelischen Flarrer Hirzel nicht verhaften können. Es sei ihm gelungen, über die deutsche Grenze zu entkommen.

Bezirgung der Mutter des Reichswehrministers.

Lindenberg (Mgdn). Die am Neujahrstage im Alter von 82 Jahren gekorobene Mutter des Reichswehrministers, Frau Karoline Gehler, wurde gestern hier zu Grabe getragen. Hinter dem Sarge schritt Reichswehrminister Dr. Gehler in Begleitung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, Geistlicher Rat und Stadtpfarrer Egger entwarf ein Bild des Wirkens der Entschlafenen, die in das Familiengrab an die Seite ihres Gatten und ihrer beiden Enkelkinder zur letzten Ruhe gebettet wurde. Reichswehrminister Dr. Gehler fährt am Freitag von Lindenberg wieder ab.

Winterschäden in Süddeutschland.

Parlsruhe. Die Ralte hat sich in Süddeutschland weiter verschärft. Ungewöhnlich starke Nordwindbildungen haben in Verbindung mit schweren Nordwinden in den letzten Tagen in den Hochwäldern des Schwarzwaldes erheblichen Schaden angerichtet. Zahllose alte Baumstämme sind der Last des Nordwinds und dem Windbruch zum Opfer gefallen. Besonders schwere Sturmschäden werden aus den Wäldungen von Wullendorf gemeldet, wo über 20000 Festmeter dem Sturm zum Opfer gefallen sind.

Arch v. Krefenstien zum General der Artillerie befördert.

Kassel. Wie die Kasseler Post aus zuverlässiger Quelle meldet, hat der Herr Reichspräsident v. Hindenburg den neuen Oberbefehlshaber der Gruppe II in Kassel, Herrn Generalleutnant Arch v. Krefenstien mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab zum General der Artillerie befördert.